

R O T H E U T E

Informationen aus der **SPD**-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD LAND BREMEN
BÜRGERSCHAFTSFRAKTION



Integration

Lösungen statt
Spaltung
Seite 3



Stadtentwicklung

Sozialer
Wohnungsbau
Seite 3



Energiewende

Alle Potenziale
nutzen
Seite 4



Kinder

Bewegung
fördern
Seite 4



Ruken Aytas



Sybille Böschen



Elombo Bolayela



Winfried Brumma



Karin Garling



Arno Gottschalk



Antje Grotheer



Mustafa Güngör



Aydin Gürlevik



Rainer Hamann



Ulrike Hiller



Reiner Holsten



Wolfgang Jägers



Andreas Kottisch

Deutschland braucht den

MINDESTLOHN.

**BREMEN und BREMERHAVEN bekommen ihn.
Überall da, wo WIR Einfluss haben.**



Petra Krümpfer



Max Liess



Manuela Mahnke



Renate Möbius



Klaus Möhle



Patrick Öztürk



Manfred
Oppermann



Insa
Peters-Rehwinkel



Jürgen Pohlmann



Dieter Reinken



Ingelore
Rosenkötter



Sarah Ryglewski



Frank Schildt



Margitta
Schmidtke



Sükrü Senkal



Mehmet Ali
Seyrek



Elias Tsalilidis



Björn Tschöpe



Valentina Tüchel



Rolf Vogelsang



Christian Weber



Helmut Weigelt

Mindestlohn ist Gebot der Menschenwürde

PRO



Ingo Schierenbeck

Bremen geht mit dem geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro mit gutem Beispiel voran – auch wenn er sich zunächst auf staatlich geförderte Bereiche beschränkt, beziehungsweise auf solche, an denen der Staat beteiligt ist.

Die Bremer Lösung kann aber nur der Anfang sein – langfristig geht kein Weg an einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn vorbei. Studien zufolge arbeiten bundesweit inzwischen rund 5 Millionen Menschen für einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro, davon sogar 1,2 Millionen für unter 5 Euro! Selbst gute konjunkturelle Phasen haben nichts an der Zunahme des Niedriglohnbereichs geändert. Die Vorstellung, die Wirtschaft müsse nur wachsen, dann profitierten auch die Beschäftigten, gilt so nicht mehr. Diese Entwicklung ist beschämend und entwertet die geleistete Arbeit. Ein Sozialstaat muss bei einer solchen Fehlentwicklung eingreifen. Insbesondere im Arbeitsverhältnis sind gesetzliche Rahmenbedingun-

gen notwendig, um die wesentlichen Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schützen. In mehr als 20 EU-Staaten und selbst in Staaten wie den USA und Australien gehört dazu auch die Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns.

In Deutschland ist ein gesetzlicher Mindestlohn deshalb überfällig. Zumindest ein Alleinstehender muss zukünftig von seinem Vollzeitjob auch ohne staatliche Unterstützung seinen Alltag bestreiten können – mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro ist das nicht machbar.

Die Niedriglohnstrategie geht zudem nicht nur auf Kosten der unterbezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – sie geht auch zulasten der Allgemeinheit. Bei einem bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde könnte das Land Bremen allein mit Steuermehreinnahmen von jährlich 15,5 Millionen Euro rechnen. Ganz zu schweigen von den sinkenden Transferleistungen an die so genannten Aufstocker, also die Menschen, die trotz Arbeit zusätzlich auf staatliche Leistungen angewiesen sind. 35 Millionen Euro geben Bremen und Bremerhaven inzwischen jährlich für die etwa 19.000 Aufstocker im Land Bremen aus – Geld, das Bremen gut für andere Zwecke einsetzen könnte.

Ingo Schierenbeck
Hauptgeschäftsführer der
Arbeitnehmerkammer Bremen

Nein zu einem bremischen Mindestlohngesetz!

CONTRA



Cornelius Neumann-Redlin

Selbstverständlich wollen auch die Unternehmensverbände als Sozialpartner im Lande Bremen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit leben können. Um dieses Ziel für alle zu erreichen, sind jedoch gesetzliche Mindestlöhne der falsche Weg, weil sie ökonomische Wirklichkeiten ignorieren und Arbeitsplätze kosten.

Bereits heute werden in Bremen und Bremerhaven weit überwiegend Entgelte deutlich oberhalb der geforderten 8,50 Euro gezahlt. In Branchen jedoch, in denen – aus politischem Kalkül entstandene – gesetzliche Mindestlöhne über den Marktgegebenheiten liegen, sind höhere Preise für Güter und Dienstleistungen die Folge. Wenn Kunden nicht bereit sind, diese zu zahlen, gehen Arbeitsplätze verloren, und neue Arbeitsplätze können nicht entstehen. Opfer eines solchen Mindestlohns sind dann gerade die Schwachen in unserer Gesellschaft – all jene im übrigen, um deren Chancen sich Sozialpartner und Politik im Rahmen der sog. Bremer Vereinbarungen intensiv kümmern.

Entgegen häufig zu hörender Polemik ist die sog. Aufstockung von Löhnen kein Indiz für Lohndumping. Sie ist

vielmehr wichtig, um

Menschen etwa mit fehlender Qualifikation oder in Teilzeit, aber auch Alleinverdienern mit Familie ein existenzsicherndes Einkommen zu gewährleisten. Selbst im Baugewerbe, wo ein unterster Mindestlohn von 11 Euro gilt, gibt es Tausende von Aufstockern, darunter eben

viele Familienväter. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde deshalb am »Aufstocker-Phänomen« nichts ändern, sondern Arbeitsplätze kosten. Entgeltfindung ist richtigerweise Sache der Tarifvertragsparteien und nicht des Staates. Eine Vielzahl von Vereinbarungen über Branchenmindestlöhne, etwa zuletzt in der Zeitarbeit, bestätigt dies. Die aktuelle Mindestlohn-Debatte ist ein parteitaktisches Instrument und Ausdruck von Symbolpolitik. Jeder Wahlkampf bietet den Parteien aufs Neue die Möglichkeit, sich mit der Forderung nach höheren gesetzlichen Mindestlöhnen zu profilieren. Wenn die Linke heute bereits 10,00 Euro fordert, ist vorherzusehen, was die Antwort von SPD und Grünen sein wird!

Cornelius Neumann-Redlin
Hauptgeschäftsführer der
Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.



Landesmindestlohngesetz

In 20 von 27 europäischen Ländern gibt es einen Mindestlohn. In Deutschland blockieren CDU und FDP seit Jahren eine bundesgesetzliche Regelung. Bremen hat nun als erstes Bundesland die Initiative ergriffen und ein Landesmindestlohngesetz auf den Weg gebracht. Schon 2009 hat Bremen mit der Verankerung des Mindestlohns im Tariftreue- und Vergabegesetz Neuland betreten und ist so schließlich bundesweit zum Vorbild geworden. „Wenn der Staat als Auftraggeber auftritt, muss sichergestellt werden, dass Lohndumping verhindert, die Situation der Beschäftigten im Niedriglohnbereich verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit ehrlicher Unternehmen gestärkt wird“, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD, Dieter Reinke. Damals wurden als Kriterien für die Vergabe öffentlicher Bau- oder Dienstleistungen u.a. faire Löhne, soziale Standards, wie Ausbildung, Frau-

enförderung oder die Förderung von Schwerbehinderten, und die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen (ILO) im Tariftreuegesetz festgeschrieben. Nun geht Bremen noch einen entscheidenden Schritt weiter: Alle, die von Bremen Aufträge erhalten, Geld bekommen oder Zuwendungen empfangen, sollen per Gesetz verpflichtet werden, ihren Beschäftigten Mindestlohn zu zahlen. In der Höhe des zu zahlenden Mindestlohns orientiert sich Bremen an den von den Sozialverbänden und dem DGB geforderten 8,50 Euro. „Die weitere Entwicklung der Mindestlohnhöhe soll in einer Landesmindestlohnkommission beraten werden. In ihr sind auch die Tarifvertragsparteien vertreten“, so Reinke. Im Februar wurde das Gesetz in erster Lesung beschlossen, in Kürze findet eine öffentliche Anhörung statt und danach soll das Landesmindestlohngesetz endgültig verabschiedet werden.

Integration heißt gegenseitige Akzeptanz

Mit allen Beteiligten ins Gespräch kommen – Qualität der Förderprojekte verbessern



Ganztagsschule „Auf den Heuen“. Foto: S. Skiba

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. „Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, dass dies ein Thema für alle Politikbereiche ist“, erläutert Valentina Tuchel, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses wichtige Thema gleich zu Beginn der neuen Legislaturpe-

riode aufs Gleis zu setzen. Derzeit entwickelt die Fraktion ihre integrationspolitischen Leitlinien. „Wir schauen uns jetzt den Status Quo an und wollen darüber mit Initiativen, Vereinen und Verbänden in die Diskussion einsteigen, wie sich Lösungswege und Antworten auf Probleme finden lassen“, sagt Tuchel. Vor allem geht es ihr darum, den Dschungel an Förderprojekten zu lichten. „Wir brauchen eine bessere Koordinierung ähnlicher Angebote, eine stärkere Orientierung am tatsächlichen Bedarf und eine Evaluierung der Qualität. Ziel ist es, die vorhandenen finanziellen Mittel effektiver als bislang einzusetzen.“ Ganz wichtig ist für Tuchel, dass mehr MigrantInnen als Erzieher, Lehrer, Sozialarbeiter oder Polizisten etc. in den öffentlichen Dienst kommen. „Die Verwaltung muss mit gutem Vorbild vorangehen. Der Anteil von Auszubildenden und Beschäftigten mit Migrationshintergrund soll durch Selbstverpflichtungen mit konkreten Zielen erhöht werden. Wir wollen Konflikte benennen, aber auch Verständnis schaffen. Das heißt vor allem: Wir wollen Lösungen statt Spaltung. Wir werden nicht zulassen, dass Vorurteile oder erzkonservative, rechtsextreme oder ängstliche PolitikerInnen die Gesellschaft auseinanderreiben“, so Tuchel.

Bremen braucht alle Köpfe!

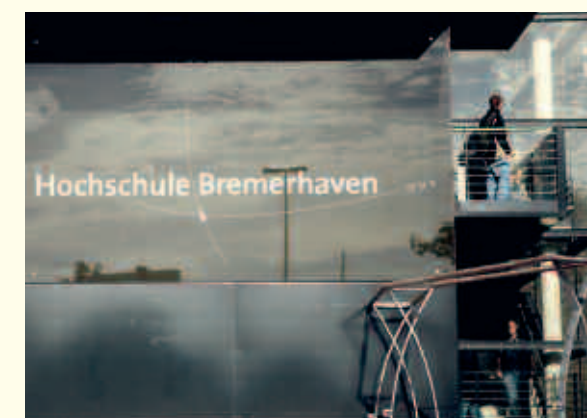


Universität Bremen, Foto: F. Strangmann

Hoch qualifizierte Fachkräfte besitzen beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Doch das gilt bislang nur eingeschränkt für ausländische Hochschulabsolventen, die nicht aus der EU kommen. „Die Hürden bei der Jobsuche sind einfach zu hoch. Das wollen wir ändern, denn Bremen braucht alle Köpfe“, sagt Elombo Bolayela, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter. Über 2.000 ausländische Studenten sind allein an der Universität Bremen eingeschrie-

ben. „Die meisten sind gut integriert und leben gerne in Bremen. Wir müssen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, den Hochschulen im Land Bremen sowie der Handels- und der Handwerkskammer bessere



Hochschule Bremerhaven. Foto: F. Strangmann

Informationswege und Anlaufstellen schaffen, damit ausländische Absolventen in hiesigen Unternehmen einen Arbeitsplatz finden“, sagt Bolayela. Der SPD-Politiker fordert in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, endlich Erleichterungen im Aufenthaltsrecht für ausländische Absolventen zu verankern. „Der Zeitraum für die Suche nach einem Arbeitsplatz sollte von einem auf zwei Jahre verlängert werden. Und in dieser Zeit muss es den Absolventen ohne Einschränkungen ermöglicht werden, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.“

Stadtentwicklung durch sozialen Wohnungsbau stärken

Der Bedarf ist hoch: Mindestens 5.000 Wohnungen fehlen in Bremen. Doch gebaut wird vor allem für Gutbetuchte, wie z. B. auf dem Stadtwerder. „Damit sich die Schere zwischen den Quartieren in unserer Stadtgesellschaft nicht weiter öffnet, brauchen wir eine Renaissance des sozial geförderten Wohnungsbaus. Wir wollen Angebote von preisgünstigem Wohnbau in allen Stadtteilen. Und das geht nur, wenn wir auch die Investoren in die Pflicht nehmen“, sagt der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann. Wie es gehen könnte, zeigt seit fast 20 Jahren das sogenannte Münchner Modell, eine erfolgreiche Form sozialer Wohnraumbförderung. „Wir wollen Investoren über



Foto: F. Strangmann

städtebauliche Verträge dazu verpflichten, einen Teil der neuen Bauflächen für preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen und sie auch an den Investitionen der kommunalen Infrastruktur beteiligen“, so Pohlmann. Ein Modell, das u. a. auch für das geplante Quartier auf dem Klinikgelände am Hulsberg passen würde. Auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion hat die Bremische Bürgerschaft nun beschlossen, dass ein Handlungskonzept für „sozial gemischten und bezahlbaren Wohnraum“ vom Senat bis Mitte des Jahres erarbeitet werden soll.

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70
Fax: 0421 32 11 20
www.spdfraktion-bremen.de
E-Mail:
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.
André Städlar

Redaktion
Stephanie Dehne
Knut Köstergarten

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG

Fahrradtourismus passt zu Bremen

Wichtiges Marktsegment erschließen – Stadt am Fluss als Attraktion



Fahrradbegeistert: Andreas Kottisch, Rainer Hamann, Sarah Ryglewski, Valentina Tuchel und Helmut Weigelt. Foto: Fraktion

Bremen mit dem Fahrrad erkunden, immer an Weser oder Lesum entlang, das ist etwas Besonderes. Einheimische wissen das längst, Touristen soll es künftig schmackhafter gemacht werden. „Wir haben einen tollen Fluss, an dessen Radwegen entlang sich spannende Quartiere, wie die Überseestadt und Vegesack wunderbar erreichen lassen. Das wollen wir in Szene setzen, um Fahrradtouristen verstärkt nach Bremen zu holen“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Andreas Kottisch. Sanfter Tourismus passe gut zu Bremen und Bremerhaven. Und gerade diese Klientel lasse deutlich mehr Geld in der Stadt als andere Gäste. „Hier sehe ich ein Marktsegment, mit dem wir die ohnehin erfreulich hohen Übernachtungszahlen weiter steigern können.“

Doch dafür muss Bremen auch die entsprechende Infrastruktur und Serviceangebote verbessern. „Wir fordern deshalb vom Senat einerseits mittelfristig ein schlüssiges Gesamtkonzept und zum anderen kurzfristig erste umsetzbare Schritte“, erklärt Kottisch.

Für ihn geht es um den Ausbau der Weser-Radwege und eine bessere Anbindung von Bremen-Nord. Oder auch um den Service rund ums Fahrrad. „Wer mit dem eigenen Rad kommt, muss an zentralen Orten spezielle, bewachte Parkplätze vorfinden. Und wer hier ein Rad braucht, muss es einfach und unkompliziert wie einen Mietwagen buchen können“, so der SPD-Politiker. Zudem sieht er Potenzial darin, kombinierte Touren mit Bahn oder Schiff anzubieten.

Kinder gezielt in Bewegung bringen



Foto: F. Strangmann

Sport und Bewegung gelten zu Recht als wichtige Bestandteile in der Kindererziehung. „Wir wissen alle, dass die motorische Entwicklung die Basis für Gesundheit, ein erfolgreiches Lernen und die soziale Entwicklung ist. Ziel ist es, die praktische Umsetzung im Alltag noch stärker zu fördern“, sagt die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Petra Krümpfer. Natürlich toben die Kleinen in den Kitas drinnen und draußen herum, eine gezielte motorische Förderung fehlt dennoch vielerorts. „In der Ausbildung der Erzieherinnen spielt das Thema bislang nur eine kleine Nebenrolle. Wir brauchen hier eine gute Qualifizierung, damit Erzieherinnen die Kinder gezielt fördern und Bewegungsanreize geben können. Da reichen manchmal auch kleine Anstöße, um die Motorik weiterzuentwickeln“, so Krümpfer, die mit der SPD-Fraktion ein ganzheitliches Konzept zur Bewegungsförderung in Kitas fordert.



Windprojekt REpower 5M. Foto: Jan Oelker

Energiewende – alle Potenziale nutzen

Bremen ist ein starker Standort für die Energieproduktion. „Die swb sorgt mit einem Kraftwerks-Pool für flexible Versorgungssicherheit. Denn wir brauchen Gas und Kohle als Brückentechnologien für die Energiewende“, sagt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Arno Gottschalk. Er begrüßt deshalb die geplante Modernisierung des Kohlekraftwerks Hafen und den Neubau eines Gas- und Turbinenkraftwerks in Mittelsbüren. Doch auch was die Entwicklung der regenerativen Energien im Land Bremen angeht, deren Anteil bis 2020 ja auf 20 Prozent gesteigert werden soll, zieht Gottschalk ein positives Zwischenfazit. „Wir sind in den Bereichen Wind und Wasserkraft voll im Soll und liegen bei der Photovoltaik sogar im Plus.“ Hier sieht der SPD-Politiker weiteres Potenzial, gerade auf den Dächern städtischer Immobilien.

Was es zudem auch in Bremen braucht, ist ein konsequentes Energiesparen – ob in Privathaushalten, Unternehmen oder in öffentlichen Gebäuden. „Dafür wollen wir das Bewusstsein schaffen. Und die Bundesregierung muss ein Sanierungsprogramm auflegen, dass es möglichst vielen Hausbesitzern ermöglicht, die Investitionen für energetische Sanierung zu tragen. Klientelpolitik mit steuerlichen Anreizen für Wohlhabende ist hingegen der falsche Weg“, so Gottschalk.

TERMINE

Sitzungen der Bürgerschaft

20.03. Stadtbürgerschaft
14:00-19:00 Uhr

21.03. Bürgerschaft
Landtag
10:00-18:00 Uhr

22.03. Bürgerschaft
Landtag
10:00-18:00 Uhr

VERANSTALTUNGEN

Forum „Bremen in der Welt“: Bürgerkrieg in Syrien – Konflikt ohne Ende?

Do., 22.03.2012 um 18:30 Uhr
Haus der Bürgerschaft,
Börsennebengebäude,
Raum 301 b-c
Am Markt 20, 28195 Bremen

Griechenland und wir – Wie geht es weiter in Europa?

Do., 12.04.2012 um 18:00 Uhr
EuropaPunkt Bremen, Haus der
Bürgerschaft mit Niels Annen
(Friedrich-Ebert-Stiftung) und
Elias Tsartilidis (MdB)
Moderation: Ulrike Hiller
(MdB)

FAIR A GENDER



Was ist Gender? Werden Frauen und Männer an der Universität unterschiedlich behandelt? Was bedeutet eigentlich Geschlechtergerechtigkeit? Diese und andere Fragen haben sich Studierende der Universität Bremen gestellt und das studentische Projekt „Fair a Gender?“ entwickelt. Die Ergebnisse haben sie in einer Ausstellung illustrativ zusammengefasst. Vom **8. März bis 1. Mai 2012** ist diese in den Räumen der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Wachtstraße 27/29 in Bremen zu sehen.

Mo - Do: von 9 - 17 Uhr
Fr: von 9 - 13 Uhr.